Cannstatter Zeitung
Untertürkheimer Zeitung

TAGESZEITUNG FÜR BAD CANNSTATT, UNTERTÜRKHEIM UND DIE NECKARVORORTE

Nummer 84 · 15. Woche · 200. Jahrgang | Donnerstag, 11. April 2024 | www.cannstatter-zeitung.de · € 2,40 · ZKZ 2039

Bad Cannstatt

Foto: Steegmüller

Telefonsäulen wie hier am Marktplatz in Cannstatt werden nun alle abgebaut.

Seite 18

Bad Cannstatt

Nach Messerangriff auf dem Volksfest präsentiert der Täter eine wilde Geschichte.

Seite 16

Kommentar

Zeitenwende muss Chefsache sein

Die Bundeswehr steuert auf ein Geldproblem zu. Kanzler Scholz muss schon jetzt eine Lösung finden.

Von Tobias Heimbach

Was gilt das Wort des Kanzlers? In seiner berühmten „Zeitenwende"-Rede versprach er vor zwei Jahren, dass Deutschland künftig zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgeben soll. Doch dieses Versprechen wackelt. Die Finanzierung der Bundeswehr ist für die kommenden Jahre völlig ungeklärt. Deshalb muss sich Bundeskanzler Olaf Scholz Kanzler endlich in die Debatte einschalten.

Das Geld für Verteidigung wird dringend gebraucht. Deutschland muss kampfbereit sein, um nicht kämpfen zu müssen. Doch in ihrem gegenwärtigen Zustand kann die Bundeswehr niemanden abschrecken. Das Sondervermögen ist schon jetzt verplant – was eine gute Nachricht ist. Denn die Soldaten können ja keine Euroscheine in die Kanonen stecken, sondern es braucht Aufträge an die Rüstungsindustrie. Doch wie die Streitkräfte künftig weiter finanziert werden, ist offen. Ab 2028 wird es eine Lücke von rund 20 Milliarden Euro geben. Einen solchen Betrag im Haushalt kann man nicht einfach umschichten. Deswegen muss schon jetzt eine Lösung vorbereitet werden.

Bislang weiß man von allen Beteiligten, was offenbar nicht geht: Finanzminister Lindner will die Schuldenbremse nicht verändern. Die SPD will keine Einsparungen beim Sozialstaat. Es wäre in der Tat wichtig, dass Kanzler Scholz das Thema an sich zieht und einen Kompromiss in die Wege leitet. Es ist schließlich sein Wort, um das es geht.

Wetter

Mittags 18° | Nachts 2°
Freundlich mit Sonne und ein paar Schleierwolken

Seite 7

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 – 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 – 61 61

40015
4 190203 902402

Bürger zeigen großes Interesse an Kommunalwahl

BaWü-Check Eine aktuelle Umfrage der Südwest-Verlage zeigt: Die Bereitschaft, zur Kommunalwahl zu gehen, ist ebenso hoch wie 2019. Davon profitiert besonders eine Seite.

Von Annika Grah

STUTTGART. Die anstehende Kommunalwahl in Baden-Württemberg stößt einer Umfrage zufolge auf großes Interesse bei den Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung könnte demnach in etwa so hoch ausfallen wie 2019. Im BaWü-Check, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen, gaben 62 Prozent der Befragten an, fest entschlossen zu sein, ihre Stimme abzugeben. 21 Prozent wollen das „wahrscheinlich" tun. Der Rest ist unentschieden oder will wahrscheinlich oder sicher nicht wählen gehen. 2019 hatte die Wahlbeteiligung bei 59 Prozent gelegen, der höchste Stand seit 1994. Bei Kommunal- und Europawahlen ist die Mobilisierung in der Regel niedriger als bei Wahlen zum Bundestag.

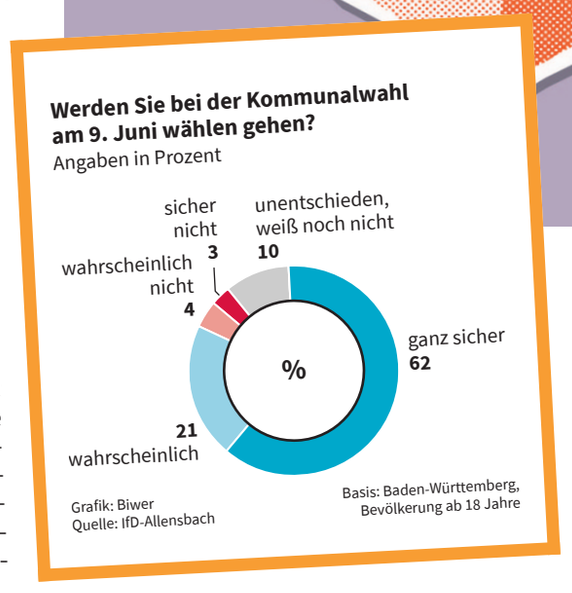
Eine belastbare Prognose gibt die Umfrage allerdings noch nicht, warnen die Demoskopen. Denn die Bürger beschäftigen sich in der Regel erst kurz vor der Wahl intensiv mit ihrer Wahlentscheidungen. Die Befragung wurde wie immer auf die baden-württembergische Bevölkerung ab 18 Jahre gestützt. Bei der Kommunalwahl wählen aber schon 16-Jährige. Da die unter 18-Jährigen aber nur zwei Prozent der Wahlberechtigten ausmachen, werden die Ergebnisse den Angaben zufolge dadurch nicht beeinflusst.

Dabei sehen offenbar vor allem die älteren Wählerinnen und Wähler die Stimmabgabe als erste Bürgerpflicht. Unter den befragten 18- bis 29-Jährigen im BaWü-Check sind sich nur 43 Prozent ganz sicher, zur Wahl zu gehen, 37 Prozent haben das „wahrscheinlich" vor. Die Kommunwahl in Baden-Württemberg findet am 9. Juni statt – zeitgleich mit der Europawahl.

Die aktuelle Umfrage sieht die CDU im Vorteil. Die Kandidaten der Christdemokraten kamen in der Umfrage für 27 Prozent infrage, gefolgt von den Grünen mit 21 Prozent und der SPD mit 18 Prozent. Die AfD landet mit 13 Prozent auf Platz vier, gleichauf mit den Freien Wählern. 11 Prozent würden sich für Kandidaten der FDP entscheiden. Rund 30 Prozent der Befragten machten allerdings keine Angaben. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Werte sind nicht als „Sonntagsfrage" zu verstehen. Sie sind eher ein allgemeines Stimmungsbild. Denn bei der Kommunalwahl können die Stimmen im Gegensatz zu anderen Wahlen auf einzelne Kandidaten verteilt werden. Zudem nehmen auch Wählervereinigungen teil, parteiähnliche, aber parteiunabhängige Vereinigungen. 2019 gingen rund 40 Prozent der Stimmen an diese Wählervereinigungen. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2019 kam laut Statistischem Landesamt die CDU auf 22,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Grünen auf 12,9 Prozent, die SPD lag bei 13,4 Prozent. Die FDP lag bei 3,9 Prozent und die AfD bei 1,9 Prozent.

Leitartikel

Illustration: Adobe Stock/LanaSham



Europa kämpft gegen die stille Pandemie

Die Zahl der Antibiotika-Resistenzen nimmt zu. Die EU will nun Regeln zum Umgang mit den Medikamenten.

BRÜSSEL. In Europa sterben jedes Jahr 35 000 Menschen, weil Antibiotika-Medikamente ihre Wirkung verlieren – Tendenz steigend. Die EU will dieser Entwicklung nun mit einigen gesetzlichen Änderungen entgegenwirken. Dazu hat das Europaparlament am Mittwoch Vorschläge gemacht.

So soll in Zukunft der Einsatz von Antibiotika strenger reguliert werden. Ärzte dürften diese Mittel nicht mehr auf Verdacht, sondern nur noch nach einer genauen Diagnose und in begründeten Fällen verabreichen. Zudem will die EU auch die Entwicklung von neuen Antibiotika fördern. Deren Herstellung sei für die Unternehmen oft nicht gewinnbringend, erklärt der Europaparlamentarier Peter Liese. Das soll sich mit einer Art Bonussystem ändern. *kkr*

Neues Quartier gegenüber alter Daimler-Zentrale

Der Immobilieninvestor Hines plant in Möhringen einen Mix aus Handel, Gewerbe und rund 500 Wohnungen.

STUTTGART. Die Immobilienfirma Hines plant an der Landhauskreuzung in Möhringen auf knapp 50 000 Quadratmetern ein neues Stadtquartier mit Gewerbeflächen und rund 500 Wohnungen. Auf dem Areal waren früher der IT-Konzern IBM und später auch Daimler direkt gegenüber der früheren Firmenzentrale ansässig. Noch in diesem Monat werden die seit Jahren leer stehenden Bürogebäude abgerissen. Für eine deutliche Belebung entlang der Plieninger Straße sollen neben Büroräumen auch Läden, ein Fitnessstudio, eine Kita und ein Hotel sorgen.

Noch fehlt die endgültige Baugenehmigung, „aber wir rechnen mit dieser im kommenden Jahr", sagt Emanuel Coskun, Managing Director bei Hines. Die ersten Wohnungen könnten Ende 2027 bezogen werden. *ale*

Rechtswidrige Praxis bei Gutachtern?

STUTTGART. Wenn Eltern sich vor Gericht ums Kind streiten, ziehen Richter häufig einen Sachverständigen hinzu. Nach Recherchen unserer Zeitung haben Familien in mehreren Fällen jedoch nicht den vom Gericht benannten Gutachter zu Gesicht bekommen, sondern einen hinzugezogenen Kollegen. Obwohl diese Form der Zusammenarbeit gesetzlich nicht zulässig ist, wird sie offenbar seit Jahren von einigen baden-württembergischen Gerichten geduldet. *alm*

Käufer will die meisten Galeria-Filialen erhalten

Die Übernehmer der insolventen Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof skizzieren ihre Pläne.

STUTTGART. Ein Konsortium aus der US-Investmentgesellschaft NRDC Equity Partners und dem Unternehmer Bernd Beetz will die insolvente Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof auf den Erfolgsweg zurückführen. „Uns verbindet die Liebe zum Warenhaus", versicherte der badische Manager in Essen. Mehr als 70 der 92 Filialen sollen übernommen werden. Es wird aber Jobabbau geben.

Die Gewerkschaft begrüßt die Übernahme: „Kaufhäuser sind für den Handel in den Städten da und nicht nur für die Renditen und Spekulationen der Immobilienbesitzer", sagte Verdi-Landeschef Martin Gross. „Die neuen Eigentümer haben jetzt eine Chance, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen." Er erwartet, dass die 13 Galeria-Standorte im Südwesten mit 1700 Beschäftigten erhalten bleiben. Details sind noch offen. *ms*

Verschärfte Asylregeln in der Europäischen Union

EU-Parlament beschließt umstrittene Reform. Dadurch sind Verfahren an der Außengrenze möglich – und schnellere Abschiebungen.

BRÜSSEL. Das Europäische Parlament hat den Weg für die umstrittene EU-Asylreform frei gemacht. Nach jahrelangen Diskussionen stimmten die Abgeordneten am Mittwoch in Brüssel für das geplante Paket, mit dem die bisherigen Regeln für Migration in die Europäische Union deutlich verschärft werden sollen. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola schrieb auf der Plattform X, damit schreibe die EU „Geschichte".

Demnach sollen die Mitgliedstaaten zu einheitlichen Verfahren an den Außengrenzen verpflichtet werden, damit rasch festgestellt werden kann, ob Asylanträge unbegründet sind und die Geflüchteten dann schneller und direkt von der Außengrenze abgeschoben werden können.

Geplant ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag sollen die Menschen bis zu zwölf Wochen unter haftähnlichen Bedingungen in Auffanglagern untergebracht werden können. Menschen, die aus einem Land mit einer Anerkennungsquote von unter 20 Prozent kommen, sowie solche, die als Gefahr für die öffentliche Sicherheit gelten, müssen künftig verpflichtend in ein solches Grenzverfahren. Ankommende Menschen können dem Vorhaben nach mit Fingerabdrücken und Fotos registriert werden, auch um zu überprüfen, ob sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson schrieb im Onlinedienst X, damit könne Europa seine „Außengrenzen besser schützen" und all jene Migranten „rasch zurückführen", die keine Aufnahmechancen hätten.

Die EU-Länder müssen den Asylpakt noch abschließend billigen, dies gilt jedoch als Formsache. *dpa/AFP*

Bundeswehrverband fordert „Machtwort"

BERLIN. Das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr ist nach Angaben des Verteidigungsministeriums bereits vollständig verplant. Deshalb forderte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, ein „Machtwort" über die weitere Finanzierung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

„Wenn für unsere Regierung Worte wie Verteidigungsfähigkeit, Schutz oder Wehrhaftigkeit nicht bloße Worthülsen sein sollen, muss der Kanzler seine Richtlinienkompetenz wahrnehmen und ein Machtwort sprechen", sagte Wüstner. Tue er das nicht, müsse die Zeitenwende in der Bundeswehr für beendet erklärt werden. *AFP/dpa*

Kommentar